

II- 7 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 29. April 1970 No. 119

A n t r a g

der Abgeordneten SUPPAN, ~~Dr. SUPPAN~~, Dr. SCRINZI
und Genossen
betreffend das Bundesgesetz vom über die
Gewährung von Zulagen an Besitzer des allgemeinen Kärntner
Kreuzes für "Tapferkeit" oder des besonderen Kärntner
Kreuzes für "Tapferkeit". (Kärntner Kreuz - Zulagengesetz 1970)

Die gefertigten Abgeordneten stellen den

A n t r a g :

Der Nationalrat wolle beschließen:

Bundesgesetz vom über die Gewährung von Zu-
lagen an die Besitzer des allgemeinen Kärntner Kreuzes
für "Tapferkeit" oder des besonderen Kärntner Kreuzes
für "Tapferkeit". (Kärntner Kreuz-Zulagengesetz 1970)

Der Nationalrat hat beschlossen:

- § 1 (1) Personen, denen gemäß den Statuten für das anläß-
lich der Kärntner Freiheitskämpfe 1918/19 als
Erinnerungszeichen gestiftete Kärntner Kreuz vom
4.11.1919 das allgemeine Kärntner Kreuz für "Tapfer-
keit" oder das besondere Kärntner Kreuz für "Tapfer-
keit" verliehen wurde, haben, sofern sie die öster-
reichische Staatsbürgerschaft besitzen, nach Maßgabe
dieses Bundesgesetzes Anspruch auf eine Zulage.
- (2) Die im Abs. 1 genannten Personen haben keinen An-
spruch auf Zulagen, wenn sie wegen eines Verbrechens
zur Strafe des schweren Kerkers rechtzeitig verur-
teilt worden sind, es sei denn, daß die Verurteilung
getilgt worden ist oder die Rechtsfolgen endgültig

-2-

nachgesehen sind,

§ 2 Abs. 1 Die Zulagen sind auf Antrag zu gewähren.

(2) Personen mit dem Wohnsitz im Inland haben den Antrag beim Bundesministerium für Landesverteidigung, Personen mit dem Wohnsitz im Ausland bei der nach ihrem Wohnsitz zuständigen österreichischen Vertretungsbehörde einzubringen. Hierbei ist die Verleihung des allgemeinen oder besonderen Kärntner Kreuzes für "Tapferkeit" nachzuweisen.

(3) Über die Anträge gemäß Abs. 2 entscheidet das Bundesministerium für Landesverteidigung.

§ 3 (1) Die Zulagen gebühren ab 1.1.1970 monatlich den im § 1 genannten Personen, die den Antrag gemäß § 2 Abs. 2 bis zum 31.12.1970 eingebracht haben.

(2) Personen, die den Antrag gemäß § 2 Abs. 2 erst nach dem 31.12.1970 einbringen, gebührt die Zulage ab dem auf den Zeitpunkt der Antragstellung nächstfolgenden Monatsersten oder, wenn der Einbringungstag auf einen Monatsersten fällt, ab diesem.

(3) Die Höhe der Zulage beträgt
a) für das besondere Kärntner Kreuz der "Tapferkeit" S 150.--
b) Für das allgemeine Kärntner Kreuz für "Tapferkeit" S 75.--

§ 4 Die durch dieses Bundesgesetz veranlaßten Eingaben, Beilagen und Zeugnisse sind von den Stempelgebühren befreit.

§ 5 (1) Die Zulagen nach diesem Bundesgesetz sind der Exekution gänzlich entzogen.

(2) Soferne Leistungen nach anderen Bundesgesetzen von der Höhe des Einkommens des Berechtigten oder auf die

Leistungen Bezüge aus öffentlichen Mittel anzurechnen sind, bleiben die Zulagen nach diesem Bundesgesetz bei der Ermittlung der Höhe des Einkommens und bei der Festsetzung der Leistungen außer Betracht.

§ 6 (1) Der Anspruch auf diese Zulage erlischt:

- a) wenn sich nachträglich herausstellt, daß die Voraussetzungen, unter denen die Zulagen gewährt wurden, im Zeitpunkt der Gewährung nicht gegeben waren,
- b) wenn der Anspruchsberechtigte die Österreichische Staatsbürgerschaft verliert,
- c) wenn der Anspruchsberechtigte wegen eines Verbrechens zur Strafe des schweren Kerkers rechtskräftig verurteilt wird. Wird die Verurteilung getilgt oder werden die Rechtsfolgen endgültig nachgesehen, so lebt der Anspruch mit den auf den Zeitpunkt der Tilgung oder Nachsicht der Rechtsfolgen nächstfolgenden Monatsersten, oder, wenn dieser Zeitpunkt auf einen Monatsersten fällt, mit diesem Tag wieder auf.

- (2) Auf die Zulagen kann jederzeit verzichtet werden. Der Verzicht kann widerrufen werden; dem Widerruf kommt keine rückwirkende Kraft hinzu.

§ 7 (1) Die Zulagen sind halbjährlich im vornhinein, und zwar, in den Monaten Jänner und Juli jeden Jahres, auszuzahlen.

- (2) Im Falle eines Ablebens eines Anspruchsberechtigten sind jene nach Abs. 1 ausgezahlten Zulagen, die auf die Monate des Auszahlungszeitraumes nach dem Ableben entfallen, nicht zurückzuzahlen.

§ 8 Die für die Gewährung der Zulagen erforderlichen Ausgaben sind in der gleichen Weise wie die Ausgaben auf Grund des Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetzes 1962 in der jeweils gültigen Fassung zu bedecken.

-4-

§ 9 Dieses Bundesgesetz tritt mit 1.1. 1970 in Kraft.

§ 10 Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist hinsichtlich des § 4 das Bundesministerium für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung, hinsichtlich des § 5 Abs.1 das Bundesministerium für Justiz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung, im übrigen das Bundesministerium für Landesverteidigung betraut.

Begründung:

Seit 1958 erhalten die Träger der goldenen und der silbernen Tapferkeitsmedaillen aus dem Ersten Weltkrieg auf Grund bundesgesetzlicher Regelung eine monatliche Zulage (Tapferkeitsmedaillenzulagengesetz). Auf Grund einer Novelle vom 23.11.1966 gebührt den Trägern des Maria-Theresien-Ordens ein Ehrensold. Die zweite Republik hat somit grundsätzlich wie viele andere europäische Staaten, den auf Grund von Tapferkeit im Rahmen der altösterreichischen Armee ausgezeichneten Soldaten sichtbare Anerkennung gezollt.

In den Kärntner Freiheitskämpfen 1918/19 haben Angehörige der altösterreichischen Armee aber auch viele Freiwillige die auf Kärntner Gebiet vorgedrungenen Einheiten der neugebildeten südslawischen Armee durch militärische Aktionen aufgehalten und zurück gedrängt. Durch die harten und wechselvollen Kämpfe, die gegen den Willen zentraler Stellen der neu errichteten Republik geführt wurden, gelang es, die Weltöffentlichkeit auf den Freiheitswillen des Kärntner Volkes und seinen Willen bei Österreich zu verbleiben aufmerksam zu machen und damit die Grundlagen für die erfolgreiche, demokratische Volksabstimmung des Jahres 1920 zu schaffen. Die Kärntner Abwehrkämpfer haben in einer fast hoffnungslosen Situation nach dem Zusammenbruch des alten Vaterlandes unter Einsatz ihres Lebens die Einheit ihres Landes verteidigt und damit den derzeitigen territorialen Bereich der Republik gesichert und erhalten. Sie haben entgegen bestehenden

-5-

Befehle erfolgreich gehandelt, ein Umstand, der in der altösterreichischen Armee Grund für eine Verleihung des Maria-Theresien-Ordens gewesen wäre.

In Anerkennung des Einsatzes der Abwehrkämpfer hat das Land Kärnten zum bleibenden Gedächtnis an die Kämpfe zur Abwehr der südslawischen Einbrüche und in die Bewahrung der Freiheit Kärntens das Kärntner Kreuz gestiftet.

Die diesbezüglichen Statuten wurden mit Verordnung am 4.11.1919 vom Kärntner Landesrat genehmigt, sie sahen ein allgemeines und ein besonderes Kärntner Kreuz sowohl für Tapferkeit, als auch für Verdienste vor. Das allgemeine Kärntner Kreuz für "Tapferkeit" wurden jenen verliehen, die an einem Gefecht teilgenommen haben oder durch feindliche Einwirkung verwundet wurden. Das besondere Kärntner Kreuz für "Tapferkeit" wurde über Antrag für hervorragende Tapferkeit oder ausgezeichnete Führung der Kampftruppe im Gefecht verliehen.

Das Recht der Zuerkennung oblag dem Landesbefehlshaber über Vorschlag einer Kommission bzw. dem Landesverweser. Die Berechtigung zum Tragen des Kärntner Kreuzes wurde im Tagesbefehl des Landesbefehlshabers, des besonderen Kärntner Kreuzes noch zusätzlich im Amtsorgan der Kärntner Landesregierung verlautbart. Im Kärntner Landesarchiv erliegen somit eindeutige Unterlagen über die Träger des Kärntner Kreuzes. Mit der Zuerkennung des Kärntner Kreuzes erfolgte gleichzeitig die Ausgabe einer Legitimationskarte.

Die am 10. Okt. 1970 bevorstehende 50 Jahr-Feier der Kärntner Volksabstimmung gibt nun Anlaß den noch überlebenden Trägern des Kärntner Kreuzes für "Tapferkeit" seitens des Bundesvolkes zum Ausdruck zu bringen, daß ihr Einsatz für die Erhaltung des Gebietes der Republik unvergessen bleibt und eine sichtbare Würdigung erfährt.

Die Zahl der Träger der beiden Kärntner Kreuze für Tapferkeit, die zu 90% ein Lebensalter von 70 Jahren erreicht haben, betrug am 1.5.1968 rund 1.500. Diese Zahl dürfte seit diesem Zeitpunkt durch die vielen Todesfälle unter den Abwehrkämpfern geringer geworden sein. Unter Zugrundlegung der Zulagen gemäß § 3 Abs. 13 würde der jährliche Aufwand rund 1,5 Mill. S nicht übersteigen und in den kommenden Jahren auf Grund der Altersschichtung ständig absinken.

Im Hinblick darauf, daß die bereits im Hause vorliegende Novelle zum Tapferkeitsmedaillenzulagengesetz für das Jahr 1970 einen Mehraufwand von 8 Mill. S erfordert, erscheint der für eine Bedeckung des Gesetzesantrages erforderliche Betrag von 1,5 Mill.S, besonders im Hinblick auf die bevorstehende 50 Jahr-Feier der Kärntner Volksabstimmung nicht als ins Gewicht fallend, Umso mehr, als seitens des Bundes aus diesem Grunde Bereitschaft zu Jubiläumsgaben im Rahmen der verschiedenen Ressorts erwartet werden können. Die auf Grund des vorliegenden Gesetzesentwurfes aufzuwendenden Mittel werden zweifellos die einzigen sein, die unmittelbar jenen zugute kommen, die die realen Voraussetzungen durch Einsatz ihres Lebens dafür geschaffen haben, daß der 10.Okt. 1970 überhaupt gefeiert werden kann.

Die Kompetenz des Bundes bzw. des Bundesministeriums für Landesverteidigung kann aus folgenden Gründen nicht in Zweifel gezogen werden:

- a) Die Anspruchsberechtigten haben für die Erhaltung des Territoriums der Republik Österreich freiwillig ihr Leben eingesetzt.
- b) Der vorliegende Antrag trägt zur Pflege der Wehrbereitschaft unserer Jugend bei, der damit deutlich vor Augen geführt wird, daß der Einsatz für die Unversehrtheit des Staatsgebietes, wenn auch reichlich spät, Anerkennung durch die Volksvertretung findet, und schließlich
- c) die Erhaltung der Unversehrtheit des Staatsgebietes ist auf Grund der Bundesverfassung Bundessache und damit in weiterer Folge alle weiteren Maßnahmen, die in Zusammenhang damit stehen.

Die meritorischen Bestimmungen des Gesetzes decken sich im wesentlichen mit dem derzeitigen Inhalt des Tapferkeitsmedaillenzulagengesetzes, sodaß für ihren Vollzug hinreichend Erfahrungen bestehen. Außer der erstmaligen Erfassung der Zulagenempfänger ergibt sich bei der Durchführung des Gesetzes keine wesentliche Ausweitung des Verwaltungsaufwandes. Für die finanzielle Bedeckung wäre gleich wie für die Novelle zum Tapferkeitsmedaillenzulagengesetz im Bundesfinanzgesetz 1970 Vorsorge zu treffen.

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag dem Finanz- und Budgetausschuß zuzuweisen.